

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 18

Artikel: Suche nach neuer Stabilität
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093180>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bohdan Gorski zum polnischen Streit um Verteidigungsstrategie

Suche nach neuer Stabilität

Die politischstrategische Umwelt Europas hat sich innert kürzester Zeit geändert: Mit dem Auseinanderfallen des Sowjetimperiums ist die durch das Jalta-Abkommen seit 1945 bestandene Teilung Europas zur historischen Erinnerung geworden. Die Kraftverhältnisse und die Suche nach politischer Stabilität müssen neu gestaltet werden.

Die politischstrategischen Bestrebungen Frankreichs nach dem Ersten Weltkrieg, die auf die Eindämmung des deutschen Einflusses ausgerichtet waren, sind zunichte. Die Bundesstaaten Jugoslawien und Tschechoslowakei fallen auseinander.

Nationalismus statt Sozialismus

Nicht weniger wichtig ist die Tatsache, dass der Niedergang der Sowjetunion nicht auf äussere Einwirkungen, sondern primär auf das innenpolitische Versagen vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückzuführen ist. Noch wagen nicht alle offen zuzugeben, dass der Sozialismus, der seit 150 Jahren das Denken der Menschen vergiftet hat, versagt und in den Müllhaufen der Geschichte gehört.

Trotzdem haben wir nichts zu feiern; denn anstelle des Sozialismus tritt wieder engstirniger Nationalismus und stiftet neues Unheil an. Das neue Europa, das die nationalistisch-trennende durch eine universellverbindende Denkweise zu überwinden versuchte und sich als Schicksalsgemeinschaft behaupten wollte, ist von nationalistischen Urinstinkten bedroht, die nur ins Verderben führen können. Um dem zuvorzukommen, muss innen- und aussenpolitisch wieder ein Gleichgewicht geschaffen werden.

Aus der Geschichte nichts gelernt

Für Europa stellt sich also die Frage, wie ein Interessen- und Einflussausgleich zwischen der wirtschaftspolitisch übermächtigen Bundesrepublik Deutschland einerseits und den übrigen, schwächeren, EG-Mitgliedern andererseits zu bewerkstelligen sei. Die

Voraussetzungen dazu sind günstig, weil die Feindschemata begraben werden können. Deutschland ist ein friedliches Freundland, das selbst am Entstehen eines gut funktionierenden politischen Mechanismus interessiert ist. Hier kann auch die Schweiz mit ihren politischen Erfahrungen eines gut funktionierenden Zusammenlebens verschiedener Völkergruppen und mit der helvetischen Fähigkeit der «Zauberformel» als Vorbild dienen, um aus Ungleichgewicht «Gleichgewicht und Stabilität» zu schaffen.

Die Lage in den Nachfolgestaaten der UdSSR nähert sich teilweise dem jugoslawischen Szenario und ist unberechenbar. Es wurde viel versäumt und leider nicht viel gelernt — beispielsweise aus den Geschehnissen im ehemaligen Jugoslawien. Hätte man nämlich bereits 1990 den demagogischen Ministerpräsidenten Serbiens wegen der gewaltsamen Auflösung der autonomen Republiken

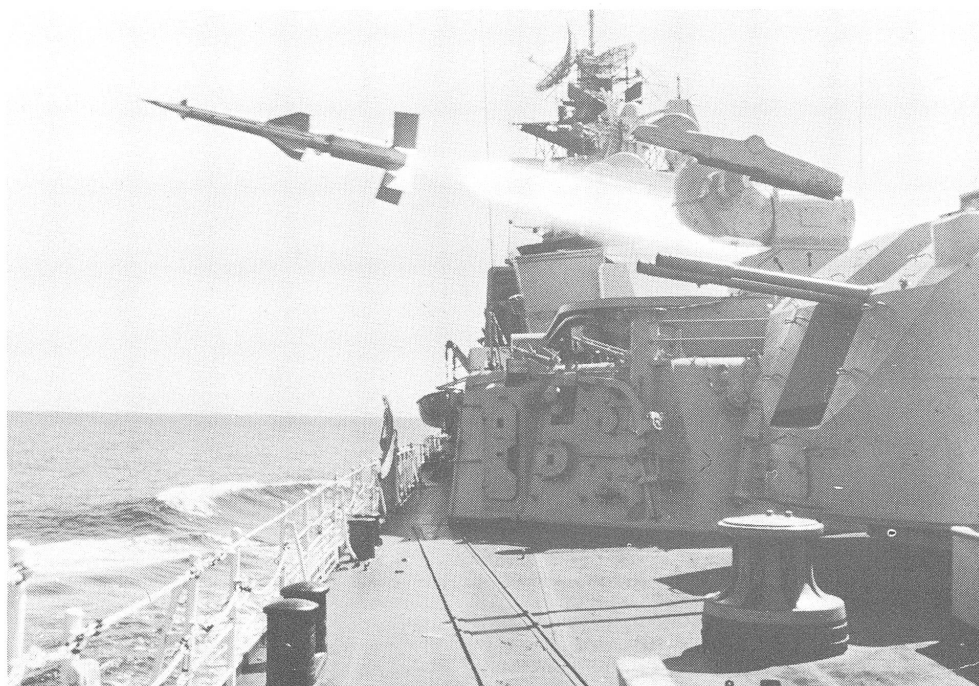
Vojvodina und Kosovo verurteilt, wäre möglicherweise der nationalistische Kreuzzug Serbiens gestoppt und vielleicht die Auflösung Jugoslawiens und der Bürgerkrieg in der heutigen Form verhindert worden.

Betrachten wir nun die Lage in den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR: Die baltischen, kaukasischen und zentralasiatischen Republiken wollen alle als selbständige Staaten anerkannt und in die UNO, in die KSZE oder andere internationale Gremien aufgenommen werden. Für eine Anerkennung als Staat und zur Aufnahme in eine internationale Organisation müsste ihnen aber die Garantie eines Minderheitenschutzes zur Bedingung gemacht werden. Sie müssten ihre Minderheiten als vollwertige Bürger mit vollen kulturellen und religiösen Rechten akzeptieren. Doch es wird kaum etwas getan, um dieser wichtigen Konfliktquelle Herr zu werden.

Polen als Scharnierstelle

Polen liegt inmitten eines sich in Bewegung befindenden Umfeldes, und die seit dem Zusammenbruch des Sozialismus entstandenen demokratischen Institutionen sind noch nicht genug gefestigt. Die Frage der Sicherheitspolitik stellt sich zwar nicht vorrangig, da die Grenzen Polens zum erstenmal seit Jahrhunderten von allen Nachbarn anerkannt sind, doch sie bezieht sich nicht nur auf die augenblickliche Lage, sondern auf die Beurteilung künftiger strategisch-politischer Entwicklungen. Und hier gehen die Meinungen teilweise stark auseinander.

Im wesentlichen können sie in zwei Gruppen unterschieden werden:
1) Die sogenannte «l'option Nato», die vom ehemaligen Verteidigungsminister Jan Parys oder von dessen Stellvertreter Romuald Szeremietiew und Radek Sikorski vertreten werden.
2) Die These von der «symmetrischen



Ein Rakete wird von einem, hier noch sowjetischen, Kriegsschiff aus abgefeuert (Foto: Keystone).

Bedrohung», zu deren Verfechter der gegenwärtige Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz, der einflussreiche Abgeordnete Jan Rokita und der Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros Jerzy Milewski gehören.

«L'option Nato» kontra . . .

Die Befürworter der «l'option Nato» erachten die heutige Lage sozusagen als die «Ruhe vor dem Sturm». Sie sind der Ansicht, dass die grossrussischbolschewistischen Herrschaftsansprüche zwar zurückgesteckt, aber nicht aufgegeben worden sind. Die letzten Würfel sind ihrer Meinung nach noch nicht gefallen.

Als Argumente führen sie an, dass zu den führenden Persönlichkeiten der Moskauer Politzscene Vizepräsident Ruzkoj (Held der UdSSR aus Afghanistan), Verteidigungsminister Gratschow und dessen Stellvertreter Gromow sowie Generalstabschef Dubynin gehören, die alle kampferfahrene und imperialdenkende «Afhgancy» seien.

Im August 1991 waren sie für Jelzin und gegen die Putschisten auf die Barrikaden gegangen. Gratschow und Gromow hatten sich geweigert, das «Weisse Haus» zu stürmen. Doch der Euphorie folgte ein Kater; sie sind von Jelzin und anderen führenden Politikern enttäuscht. Und sie bilden heute die beststrukturierte «pressure groupe» in Russland. So hat sich beispielsweise die Generalität erfolgreich dem von Jelzin beabsichtigten Rückzug der 14. Armee aus der Dniestr-Republik widersetzt und die Ernennung von Generalmajor Labad durchgesetzt, der als persönlicher Freund der «Afhgancy-Gruppe» gilt und selbst nicht nur über Kampferfahrungen in Afghanistan verfügt, sondern auch für das Massaker der Armee im Januar 1990 in Baku verantwortlich ist.

Die einflussreichen «Afhgancy» brauchen aber Zeit, um die demoralisierte Armee und das KGB wieder einsatzfähig zu machen. Die Räumung des Baltikums und die Übergabe der strategischen Einrichtungen an die Balten wurden zwar verbal versprochen, doch zielbewusst auf

Jahre verschoben. Man könne, so die Verfechter der «l'option Nato» weiter, von diesen «Afhgancy» zwar alles erwarten, aber nicht, dass sie sich mit dem Auseinanderfallen des Imperiums abfinden werden. Deswegen ist auch mit weiteren Auseinandersetzungen zu rechnen, die bis zu einem Szenario à la Jugoslawien ausarten können.

Es sei einfach Gutgläubigkeit, zu meinen, dass Polen bei postsowjetischen Wirren unbetroffen bleibe. Nur eine starke Armee und ein Nato-Sicherheitsschirm könnten die Sicherheit und die Neutralität Polens garantieren.

. . . «symmetrische Bedrohung»

Einer solchen Lagebeurteilung ist diejenige des gegenwärtigen Verteidigungsministers, Janusz Onyszkiewicz, und seiner Kollegen entgegengesetzt. Es bestehe keine ernstzunehmende Bedrohung der Sicherheit Polens. Die Grenzen sind international anerkannt. Von möglichen Konflikten im Osten können höchstens eine schwer kontrollierbare Fluchtbewegung, aber keine militärischen Gefahren für Polen ausgehen. Ein Beitritt Polens zur Nato bzw. dessen Sicherheitsschirm wird von der Nato selbst abgelehnt. Zudem wäre ein solcher Beitritt überflüssig und im Widerspruch zur heutigen Ostpolitik von Aussenminister Skubiszewski. Darüber hinaus würde ein Zusammengehen mit der Nato bei den Russen Misstrauen wecken. Es sei, so die Verfechter dieser Theorie, viel besser, eine Zusammenarbeit mit der GUS-Armee anzustreben, die die Sicherheit Polens eher garantieren könne.

Von der Angriffs- zur Abwehrstrategie

Diese unterschiedlichen Lagebeurteilungen haben auch ihre Auswirkungen auf die konkrete Sicherheitspolitik gehabt. So hat sich Verteidigungsminister Parys der Reduzierung der Armeebestände widersetzt und Sicherheitsgarantien verlangt. Dem hat sich die neue Führung des Verteidigungsministeriums angeschlossen.

Die Ostgrenzen und -gebiete des heutigen Polens sind weder befestigt, noch durch die Armee kontrolliert. Die meisten Bestände werden im Norden und im Westen konzentriert. Die notwendige Umgruppierung der Armee und ihre Verlegung in Richtung Osten sind deshalb unvermeidbar und unbestritten. Der heutige Verteidigungsminister wollte verlegen:

- Die Division Nr. 3 nach Lublin-Drohiczyn
- Die Division Nr. 9 in das Dreieck Przemysl-Rzeszow-Jaroslav
- Die Division Nr. 16 nach Elblag

Dies wird allerdings als ungenügend erachtet; immerhin ist aber die strategische Infrastruktur auf einen Bestand von ca. 400 000 Mann vorbereitet. Angesichts der Tatsache, dass man schon heute nicht fertig wird mit einem mafiaartigen Bandenunwesen, sollte man die territoriale Verteidigung weiter ausbauen.

Das grösste und beinahe unüberwindliche Hindernis für eine leistungsfähige Verteidigungspolitik stellt die Bewaffung dar. Die bisherige war nämlich auf den Angriffskrieg und die Vorwärtsstrategie des Warschauer-Paktes ausgerichtet. Es fehlt

dementsprechend an Kurzstreckenwaffen, Panzer- und Luftabwehr. Die Lang- und Mittelstreckenwaffensysteme gibt es im Überfluss, doch die taugen für die Abwehr nicht viel.

Die Armee muss also auf jeden Fall umgerüstet werden. Doch auch hier gehen die Meinungen auseinander. Während die Anhänger der Nato-Option auf eine amerikanisch-westliche Waffenhilfe gesetzt haben, glauben die Verfechter einer «symmetrischen Bedrohung», die jetzige Lage mit der alten sozialistischen Ausrüstung meistern zu können. Tatsächlich sind beide kaum in der Lage, schlagkräftige Truppen nach westlichen Massstäben aufzubauen.

Die politisch-strategischen Strukturen haben sich vor allem in Russland weder herausgebildet, geschweige denn gefestigt. Politik und Militär entscheiden dort auf dem Hintergrund allgemeiner politischer Führungslosigkeit und des wirtschaftlichen Zerfalls. Das Heranwachsen eines «Bonapartismus» sollte deshalb niemanden überraschen. Die Frage, inwieweit dadurch das Ausland bedroht wird, beantworten die polnischen Militärstrategen unterschiedlich. Eine endgültige Antwort dürfte bald in Moskau selbst fallen. ■

Bestellschein für zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **zeitbild** zu Fr. 59.- (Ausland sFr. 65.-/DM 74.-). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an **zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6